

Tagungen

Gewerkschaften in Jugoslawien

Vom 21. — 23. Februar 1972 fand in Belgrad ein vom Jugoslawischen Gewerkschaftsbund angeregtes und vom Institut für Politische Wissenschaften an der Universität Belgrad durchgeführtes Symposium über „Position und Rolle der Gewerkschaften in dem auf Selbstverwaltung beruhenden gesellschaftspolitischen System“ statt. Teilnehmer waren jugoslawische Wissenschaftler und viele hohe Gewerkschaftsfunktionäre des Landes. Die Veranstaltung wurde als Versuch bezeichnet, die zuletzt in den zwanziger Jahren in der Sowjetunion intensiv diskutierte Rolle der Gewerkschaften im Sozialismus wieder aufzugreifen und sie unter den konkreten Bedingungen der Selbstverwaltung zu präzisieren.

Die Referate und Gespräche können in grober Einteilung zwei (sich teilweise über-

schneidenden) Problemkreisen zugeordnet werden: a) die grundsätzliche Position der Gewerkschaft im System der Selbstverwaltung und b) konkrete gewerkschaftliche Aufgaben der Aktivierung der Mitglieder, der Kooperation mit anderen Gruppen, der Einkommensverteilung usw.

Bei der Frage nach dem grundsätzlichen Standort der Gewerkschaften waren unterschiedliche Argumentationen größtenteils durch die Ausgangspunkte bestimmt. Wer die Selbstverwaltung gewissermaßen als statischen Zustand eines wünschbaren Sozialismus ansah, hatte andere Vorstellungen von der Autonomie der Gewerkschaften als diejenigen — die Mehrheit —, die Selbstverwaltung als einen Prozeß ansahen, der noch von Eigentumsmonopolen und Lohnarbeit beeinflußt und immer noch durch Bürokratisierung, Etatismus und Technokratismus gefährdet ist. Deshalb muß die Gewerkschaft nach dieser Auffassung auf der einen Seite in der Selbstverwaltung tätig werden und sie vorantreiben; auf der anderen Seite steht sie zugleich in kritischer Distanz zum gegebenen System mit seinen

Schwächen und versucht es im Hinblick auf die echten Ziele der Selbstverwaltung fortzuentwickeln. Das ist eine vollständige formale Analogie zu der deutschen Diskussion, die mit Begriffen wie „Ordnungsfaktor“ und „Gegenmacht“ oder „Integration“ und „Systemüberwindung“ geführt wird. Dabei kommt der Gewerkschaft in der jugoslawischen Diskussion nicht die Rolle zu, ein undefiniertes „werktätiges Volk“ zu vertreten. Sie hat vielmehr für die Emanzipation der Arbeiterklasse zu kämpfen, und zwar nicht „im Namen“ dieser Klasse, weil das nur zur Entfremdung von den Massen führen müßte, sondern „in“ der Arbeiterklasse und mit ihr. Die Gewerkschaft darf sich somit nicht in einem traditionell ökonomistischen oder bürokratisch-etatistischen Rahmen abkapseln. Denn das „nimmt der Gesellschaft die notwendigen Kanäle und Artikulationsmittel der wirklichen Interessen und Bestrebungen der aktiven sozialistischen Kräfte, dem politischen System aber den notwendigen, demokratischen Dynamismus und ausdrucksvollen Pluralismus“ (*Djordjevic*). Während der Bund der Kommunisten integrierend, führend und arbitrierend tätig ist, ist die Gewerkschaft vor allem eine „partizipierende und wenn nötig kontestierende Organisation“ (*Djordjevic*). Das bedeutet, daß die Arbeiter auch in einer im Aufbau befindlichen sozialistischen Gesellschaft eine Gegenmacht benötigen. Daraus folgt, wenn auch nicht unbestritten, daß in der historischen Wirklichkeit der jugoslawischen Gesellschaft, in der eine auf Lohnarbeit und dem Eigentumsmonopol gegründete Produktion mit der Arbeiterselbstverwaltung verflochten ist, die Gewerkschaften „alle historischen Kampfformen der Arbeiterschaft“ anwenden müssen, um sie vor der Ausbeutung zu schützen (*Vidakovic und Pavlovic*). Die Autonomie der Gewerkschaften soll aber nun nicht erreicht werden, indem die Gewerkschaft sich zu einem Machtzentrum wie die bestehenden etatistischen, technokratischen und bürokratischen Strukturen entwickelt und gewissermaßen auf deren Ebene und mit deren Mitteln Konflikte löst. Diese Lösung wäre konservativ und würde nicht

zur Aufhebung der Entfremdung führen. Vielmehr müssen solche Machtzentren abgebaut und die gesellschaftliche Willensbildung verändert werden. Diese Grundüberlegungen sind dann in verschiedenen Richtungen präzisiert worden¹⁾.

Von besonderem Interesse waren neben den grundsätzlichen Stellungnahmen die Beiträge, in denen die Ergebnisse empirischer Untersuchungen referiert und in der Diskussion durchweg bestätigt wurden. Aus ihnen ergab sich etwa, daß nach Erhebungen in Slowenien (*Kavci 'c*) nur eine Minderheit vom vorherrschenden Einfluß der Basis auf die Entscheidungen der gewerkschaftlichen Organisationen überzeugt ist. Auch die Vorstellungen über die Funktion der Gewerkschaft in einer Selbstverwaltungsgesellschaft waren noch widersprüchlich — Widerspiegelung der Realität. So waren rund die Hälfte der Arbeiter, 40 vH der Gewerkschaftsvorsitzenden in den Betrieben und der Direktoren sich nicht sicher, ob die bisherige Tätigkeit der Gewerkschaften sehr sinnvoll gewesen sei. Je geringer der Bildungsstand, für um so wichtiger wird die Gewerkschaft allerdings gehalten. Offenbar brauchen die Unterprivilegierten in allen Systemen besonders die Schutzfunktion der Gewerkschaften. Auch die Frage nach der Einschätzung der Gewerkschaften in der gegenwärtigen Lage brachte sehr differenzierte Ergebnisse.

Nach einer in der Diskussion zitierten kroatischen Untersuchung ist die gewerkschaftliche Aktivität vor allem durch die Organisation der Freizeit geprägt. Die für den Lebensstandard der Beschäftigten entscheidenden Fragen der Einkommensverteilung, der Entlassungen und des Wohnungsbaus werden jedoch von ihnen kaum beeinflußt.

Aus den in Slowenien durchgeführten Befragungen kann weiter abgeleitet werden, daß die Gewerkschaft nicht als wichtiger Machtfaktor in den Betrieben eingeschätzt wird. Die Direktoren und Leitungen

1) Die Gewerkschaftlichen Monatshefte werden in einem der nächsten Hefte längere Auszüge aus den wichtigsten Referaten abdrucken.

üben den stärksten Einfluß aus, es folgen die Selbstverwaltungsorgane und dann erst die politischen Organisationen (einschließlich Gewerkschaften). Die Gewerkschaft steht dabei an letzter Stelle unter den organisierten Gruppen. Allerdings ist es für das Bewußtsein der Beschäftigten von Bedeutung, daß nach ihrer Auffassung die Selbstverwaltungsorgane die größte Macht ausüben müßten, dann folgt die Leitung bzw. der Direktor, und als erste organisierte Gruppe wird die Gewerkschaft genannt.

In einer Analyse von *Vukasovic* wird die Auffassung vertreten, daß die Gewerkschaft nur Einfluß ausüben kann, wenn sie tatsächlich autonom ist und wenn ihre Vorschläge von den Mitgliedern unterstützt werden. Oft aber stehen hinter Forderungen „lediglich die Gremien oder Foren der Gewerkschaft und nicht die Organisation als Ganzes“. Wenn die Gewerkschaft die Interessen der Arbeiterklasse vertritt, dann darf sie dies nicht nur im Sinne voll ausgearbeiteter Alternativlösungen tun, weil sie dadurch zwangsweise auf die technokratische Auseinandersetzung abgedrängt wird. Sie muß auch die Interessen der Mitglieder in offener Konfrontation durchsetzen können. Die Durchsetzung sozialer Ansprüche, die im Augenblick durch inflatorische Prozesse und die Steuerpolitik besonders gefährdet ist, müßte dann ständig neu erkämpft werden (*Sefer*).

In der teilweise lebhaften Diskussion wurden immer wieder Einzelfragen der Einkommensverteilung und der Steuerpolitik als wichtige Aufgaben der Gewerkschaften angesprochen, ebenso Umschulungen, die Integration von Landbewohnern in die Industrie und Prozeduren für die Einschaltung der Gewerkschaften in politische Entscheidungen, die zur Zeit rechtlich kaum geregelt sind. Andere Diskussionsredner wollten sich dagegen auf eine ausschließliche Stärkung der Basis verlassen. Die Personalauswahl für gewerkschaftliche Positionen

und die geringe Flexibilität des Apparates wurden gerügt. Auch in den Grundsatzfragen wurde bisweilen scharf argumentiert: Es sei naiv zu glauben, daß die Arbeiterklasse die Macht habe, wenn sozialistisches Eigentum gegeben sei.

Bedauerlicherweise schloß die Abfolge der Tagung eine detaillierte Diskussion der gesamtgesellschaftlichen und -wirtschaftlichen Planungsfragen aus. Dies ist aber für die nahe Zukunft die vielleicht entscheidendste Frage für das Überleben des jugoslawischen Systems. Die Besprechung einer solchen Planung bei dem Trauma der Jugoslawen vor dem mit Stalinismus verbundenen Etatismus wäre gerade in der gegenwärtigen politischen und wirtschaftlichen Situation besonders bedeutsam gewesen.

Für den deutschen Beobachter drängte sich der Eindruck auf, daß die Argumentation um die Stellung der Gewerkschaften und ihre Autonomie in Jugoslawien in letzter Zeit präziser und konkreter geworden ist — zumindest in der wissenschaftlichen Diskussion. Dabei zeigte sich über weite Strecken eine erstaunliche Parallelität zur deutschen Thematik. An vielen Beispielen wurde belegt, daß die Gewerkschaft im gegenwärtigen Jugoslawien als Organisation der Unterprivilegierten ebenso unverzichtbar ist wie in westlichen Ländern. Das sollte ein Anstoß sein, die gesamte Gewerkschaftstheorie im Hinblick auf ihre „systemunabhängigen“ Bestimmungsgründe neu zu überdenken. Die These vom einfachen Transmissionsriemen muß endgültig zu den Akten gelegt werden, wenn auch die tatsächliche Rolle der Gewerkschaften zur Zeit nicht sehr bedeutsam ist. Wie in der Bundesrepublik wird auch in Jugoslawien der Ruf nach einer Gesellschaftsanalyse immer lauter, um in Verbindung mit konkretisierten Zielen der Selbstverwaltung neue Impulse zu geben und das bestehende System zu transformieren.

Dr. Gerhard Leminsky